

Wasserstoff für Berlin-Brandenburg – Innovation, Infrastruktur und Klimaschutz gemeinsam denken

Positionspapier
der CDU-Fraktion Berlin
6. Juli 2025



Wasserstoff für Berlin-Brandenburg – Innovation, Infrastruktur und Klimaschutz gemeinsam denken

Die CDU-Fraktion Berlin sieht im Ausbau der Wasserstoffwirtschaft eine zentrale Chance, um Berlin als Innovationsstandort zu stärken. Die Herausforderungen der Energiewende, des industriellen Wandels sowie des Klima- und Umweltschutzes verlangen nach technologieoffenen und realisierbaren Lösungen. Grüner Wasserstoff – also Wasserstoff, der mithilfe erneuerbarer Energien hergestellt wird – stellt dabei eine Schlüsseltechnologie dar. Er ermöglicht perspektivisch nicht eine klimaneutrale Energieversorgung ohne die Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energieträgern und auch neue Perspektiven für die Wärmeversorgung, Mobilität und Industrie.

Gerade im Verbund mit Brandenburg ergeben sich enorme Potentiale: Beide Länder können gemeinsam Vorreiter für eine tragfähige Wasserstoffwirtschaft sein - Berlin als urbanem Zentrum der Forschung und Entwicklung und Brandenburg als Flächenland mit Potenzial für Erzeugung, Speicherung und Logistik. Die CDU-Fraktion Berlin bekennt sich daher ausdrücklich zur im Koalitionsvertrag vereinbarten Wasserstoffstrategie und setzt sich für deren ambitionierte Umsetzung ein. Unser Ziel ist eine innovationsfreundliche, wirtschaftsorientierte und infrastrukturasierte Wasserstoffpolitik, die Berlin zukunftsfest macht und gleichzeitig die Kooperation mit Brandenburg sowie dem Bund stärkt.

Der Wasserstoffmarkt entwickelt sich grenzüberschreitend. Die CDU-Fraktion Berlin spricht sich dafür aus, Berlin-Brandenburg aktiv in europäische Wasserstoffkorridore, Forschungsnetzwerke und Förderprogramme (z. B. IPCEI, Horizon Europe) einzubinden. Ziel ist es, die Hauptstadtregion als Teil eines europäischen Innovationsraums zu positionieren.

Markthochlauf entschlossen gestalten

Berlin muss die Transformation zur Wasserstoffnutzung aktiv und entschlossen vorantreiben. Der Markthochlauf darf nicht durch bürokratische Hürden, ausbleibende Investitionsanreize oder technische Rückstände ausgebremst werden.

Die CDU-Fraktion Berlin spricht sich daher dafür aus, die die Nutzung von grünem Wasserstoff in der Praxis zu erleichtern – etwa durch Pilotprojekte, gezielte Investitionsförderungen und klare Planungsprozesse. Insbesondere mittelständische Unternehmen und Start-ups sollen unterstützt werden, Wasserstofflösungen zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen. Gleichzeitig braucht es verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und Genehmigungsverfahren, die dem Tempo technologischer Entwicklungen gerecht werden.

Neben Förderprogrammen braucht es auch steuerliche Anreize, Investitionssicherheit und neue Finanzierungsinstrumente (z. B. Wasserstofffonds, PPP-Modelle). Die CDU-Fraktion Berlin befürwortet die Prüfung innovativer Finanzierungswege, um private Investitionen zu mobilisieren und den Markthochlauf nachhaltig zu unterstützen. Außerdem setzt sich die CDU-Fraktion für eine Anpassung der Seveso-III-Richtlinie (2012/18/EU) ein, um Betriebsstätten (Tankstellen, Speicher, Elektrolyseure, etc.) der Wasserstoffwirtschaft einfacher und schneller genehmigen zu können.

Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz priorisieren

Die Anbindung Berlins an das nationale Wasserstoff-Kernnetz, die eingebettet in die European Hydrogen Backbone (EHB) künftig die Versorgung mit klimaneutralen Energieträgern ermöglichen soll, ist von herausragender Bedeutung für Berlin. Nur mit einer direkten und leistungsfähigen Anbindung kann die Versorgungssicherheit mit Wasserstoff gewährleistet und die Energieversorgung Berlins langfristig wettbewerbsfähig gehalten werden.

Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher eine klare politische Priorisierung dieses Infrastrukturvorhabens. Gemeinsam mit Brandenburg, dem Bund und den zuständigen Netzbetreibern müssen alle vorhandenen Möglichkeiten geprüft werden, um die Planung und Umsetzung der Rückgrat-Anbindung zu ermöglichen und zu beschleunigen. Berlin soll frühzeitig in die strategischen Korridore eingebunden werden. Gleichzeitig müssen bestehende Gasinfrastrukturen soweit technisch möglich ertüchtigt werden, um Kosten zu

sparen und die Transformation effizient zu gestalten. Wir werden auf die Netzgesellschaft Berlin Brandenburg (NBB) entsprechend zugehen.

Wasserstoff-Roadmap konsequent umsetzen

Die zwischen Berlin und Brandenburg entwickelte Wasserstoff-Roadmap bildet die Grundlage für die regionale Koordinierung von Wasserstoffprojekten. Sie beschreibt sowohl übergeordnete Ziele als auch konkrete Maßnahmen in Bereichen wie Infrastruktur, Erzeugung, Anwendung und Forschung. Damit diese Roadmap wirksam bleibt, braucht es eine kontinuierliche Fortschreibung und Kontrolle.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich deshalb für eine regelmäßige Evaluation und Weiterentwicklung der Wasserstoff-Roadmap ein – mit überprüfbaren Meilensteinen, klar benannten Zuständigkeiten und einem belastbaren Zeitplan. Im Zuge dessen soll auch ein zentrales Monitoring-System ausgewertet werden, denn es muss transparent sein, welche Fortschritte bereits erreicht wurden und welche Schritte noch bevorstehen. Darüber hinaus braucht es eine enge Abstimmung mit der Wirtschaft und der Wissenschaft, um auf neue Entwicklungen flexibel reagieren zu können. Eine Finanzierung der Umsetzung aus dem Infrastrukturpaket des Bundes, werden wir prüfen.

Infrastruktur für den Wasserstoff-Schwerlastverkehr schaffen

Ein wesentlicher Baustein für die Dekarbonisierung des Verkehrssektors ist der Aufbau einer verlässlichen Wasserstoffinfrastruktur für den Schwerlast- und Güterverkehr. Auch in urbanen Räumen wie Berlin und entlang der Logistikkorridore im Umland, braucht es leistungsfähige und flächendeckende Wasserstofftankstellen, denn die Reichweite batterieelektrischer Fahrzeuge ist und bleibt begrenzt.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich daher für einen gezielten Ausbau der Tankstelleninfrastruktur ein. Diese muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren, also insbesondere entlang wichtiger Verkehrsachsen, Logistikzentren, Umschlagplätze und Industriegebiete entstehen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Speditions- und Verkehrsunternehmen ist dabei unerlässlich, um den Aufbau praxisgerecht zu gestalten und unnötige In-

vestitionen zu vermeiden. Auch die Kombination von Verkehrskonzepten mit verschiedenen Verkehrsmitteln und der Einsatz von Fördermitteln des Bundes und der EU sind dabei sinnvoll zu nutzen.

Forschung und industrielle Anwendungen fördern

Berlin besitzt mit seiner Wissenschafts- und Forschungslandschaft – Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Instituten und Technologiezentren – beste Voraussetzungen, um zum Vorreiter in der Entwicklung innovativer Wasserstofftechnologien zu werden. Diese Potenziale gilt es stärker zu nutzen und gezielt auszubauen.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich für eine Forschungs- und Innovationsstrategie ein, die Berlin zum Kompetenzstandort für Wasserstoff macht. Dazu gehören die gezielte Förderung anwendungsnahe Forschungsprojekte, die Unterstützung von Start-ups und Spin-offs im Bereich der Wasserstofftechnologie sowie der Aufbau von Demonstrations- und Testzentren in Kooperation mit der Industrie. Ziel ist es, neue Technologien nicht nur zu entwickeln, sondern auch am Standort Berlin zur Marktreife zu bringen und dauerhaft Wertschöpfung zu generieren. So entsteht nicht nur Klimaschutz durch Innovation, sondern vor allem wirtschaftlicher Fortschritt, der qualifizierte Arbeitsplätze sichert und die Hauptstadtregion stärkt.

Wasserstoffspeicherung als zentrale Herausforderung – eine Chance für Berlin

Für die Herstellung von molekularem Wasserstoff – ob durch Reformierung oder Elektrolyse – unter Nutzung regenerativer Energien, bietet die Region Berlin-Brandenburg mit seinen zahlreichen Windkraft- und Photovoltaikanlagen hervorragende Voraussetzungen. Der durch Sonne und Wind gewonnene Strom unterliegt jedoch sowohl tageszeitlich als auch im Jahresverlauf erheblichen Schwankungen. In sogenannten Dunkelflauten im Winter, bei denen der Energiebedarf besonders hoch ist, kommt die regenerative Energiewandlung über Tage und Wochen nahezu zum Erliegen, während insbesondere in den Frühjahrs- und Herbstmonaten eine erhebliche Überproduktion zu verzeichnen ist. Dieser erzeugte Strom wird dann zu negativen Preisen im europäischen Verbund verkauft oder Anlagen müssen aus Netzkapazitätsgründen abgeregelt oder abgeschaltet werden. Um den damit verbundenen erheblichen Angebotsschwankungen regenerativer Energie und höchst volatilen Preisen am Strommarkt entgegenzuwirken, stellt die Speicherung

von molekularem Wasserstoff die zentrale Herausforderung der Wasserstoffwirtschaft dar.

Wasserstoff wird aktuell unter hohem Druck oder bei sehr tiefen Temperaturen gespeichert. Beide Verfahren benötigen erhebliche Mengen an Energie, die den Wirkungsgrad des Systems deutlich reduzieren. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, alternative Speichertechnologien zu fördern. Hierzu zählt beispielsweise die chemische Bindung von Wasserstoffmolekülen an organische Moleküle (LOHC – liquid organic hydrogen carrier). Unter Abgabe thermischer Energie, die beispielsweise in Nah- und Fernwärmenetzen eingesetzt werden kann, wird Wasserstoff in einer temperatur- und druckstabilen, ungiftigen Flüssigkeit gebunden, die mit bestehender Infrastruktur leicht zu speichern und zu transportieren ist. Die Berliner und Brandenburger Forschungsinstitute, Hochschulen, Universitäten und Unternehmen können hier einen wesentlichen Beitrag leisten.

In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten und volatiler Energiemärkte kann Wasserstoff als strategische Reserve dienen. Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher den Aufbau von Wasserstoffspeichern und die Prüfung sicherheitsrelevanter Aspekte – etwa zur Resilienz kritischer Infrastrukturen. Berlin kann hier Modellregion für nachhaltige Krisenvorsorge werden.

Berlins Beitrag zur Reduktion von Kohlenstoffdioxid in der Atmosphäre

Durch Elektrifizierung und den Einsatz von Wasserstoff können ein Großteil der Produktionsprozesse in der Industrie dekarbonisiert werden. Für einige Branchen ist der Umstieg jedoch technisch oder wirtschaftlich nicht möglich. Hier bieten die Abscheidung und dauerhafte Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage - CCS) und die Abscheidung und Weiterverwendung (Carbon Capture and Utilization- CCU) wichtige Alternativen.

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, das abgeschiedene CO₂ insbesondere als Resource zu begreifen. Das CO₂ soll zusammen mit Wasserstoff aus Brandenburg für die Produktion synthetischer Kraftstoffe (E-Fuels) genutzt werden. Die Region Berlin Brandenburg soll zum Vorreiter für die Produktion von E-Fuels aufsteigen. Davon profitiert nicht nur der Wirtschaftsstandort, sondern es wird auch ein wichtiger Beitrag zu Dekarbonisierung des Verkehrssektors geleistet.

Fachkräfte für die Wasserstoffwirtschaft gewinnen

Der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft erfordert qualifiziertes Personal, von der Anlagenplanung über Betrieb und Wartung bis zur Forschung. Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote im Bereich Wasserstofftechnologie, die eng mit Wirtschaft, Hochschulen und Bildungsträgern abgestimmt sind.

Wasserstoffmobilität als Teil moderner Verkehrs- und Industriepolitik stärken

Die Mobilität der Zukunft muss klimafreundlich, leistungsfähig und technologieoffen sein. Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge – insbesondere im Schwerlast-, Bus- und Schiffsverkehr – leisten hierzu einen entscheidenden Beitrag. Der Besuch bei MAN Energy Solutions zeigt eindrucksvoll, welche Innovationskraft in diesem Bereich bereits heute verfügbar ist. Die CDU-Fraktion Berlin sieht es daher als politische Aufgabe, die Rahmenbedingungen für Wasserstoffmobilität deutlich zu verbessern und industrielle Entwicklungen aktiv zu flankieren.

Gerade für urbane Ballungsräume wie Berlin bietet sich Wasserstoff als alternative Antriebstechnologie dort an, wo batterieelektrische Lösungen an ihre Grenzen stoßen – etwa bei langen Strecken, hoher Transportlast oder kurzer Betankungszeit. Die CDU-Fraktion setzt sich deshalb für gezielte Förderinstrumente, Investitionen in Fahrzeugflotten sowie den Ausbau entsprechender Infrastruktur ein. Dabei muss auch hier die Kooperation mit Brandenburg mitgedacht werden – etwa beim Aufbau von Tankstellen, Logistiklösungen und intermodalen Knotenpunkten. Berlin kann gemeinsam mit der Hauptstadtregion Vorbild für eine nachhaltige Mobilitätswende werden, die Ökologie und Wirtschaftskraft verbindet.

Jeden Tag nutzen tausende Pendler zwischen Berlin und Brandenburg Regionalzüge. Da die Strecken dieser Linien zum Teil nicht elektrifiziert sind, fahren hier diesel-elektrische Züge. Mit dem Einsatz von wasserstoffbetriebenen Personentriebwagen kann, die benötigte Energie aus regenerativen Quellen gespeist und so im Verkehrssektor die Emission von Kohlenstoffdioxid vermieden werden. Den Einsatz solcher Züge, wie beispielsweise auf der Linie RB27 (Heidekrautbahn) wird die CDU-Fraktion fördern.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de